

3 **Europäische Energiepolitik**

5 Die Europäische Union (EU) hat sich mit der Strategie 2020 Ziele für ihr künftiges Handeln
6 gesteckt. Im Rahmen der Energiepolitik wollen die Mitgliedstaaten, die
7 Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um 20% reduzieren, den Anteil
8 erneuerbarer Energien auf 20% und die Energieeffizienz um 20% steigern. Diese Ziele
9 sind unter den derzeitigen Bedingungen zwar realistisch, aber wenig ambitioniert; im Sinne
10 einer verantwortungsvollen und sozialen Politik muss die europäische Energiepolitik
11 jedoch mutiger und umfassender gedacht und reformiert werden. Die Sozialdemokratie will
12 Energieversorgung nachhaltig bezahlbar sichern sowie Ungleichheiten innerhalb der EU
13 bekämpfen. Energie ist zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Nur wenn sie allen
14 Menschen ausreichend zur Verfügung steht, können wir von sozialer Gerechtigkeit
15 sprechen.

16 Wir wollen einerseits eine möglichst dezentrale Energieerzeugung und -versorgung.
17 Andererseits wollen wir aber auch die natürlichen Standortvorteile, über die einzelne
18 Regionen in Europa verfügen, für die Gewinnung erneuerbarer Energien nutzen (Sonne,
19 Wind, Wasserkraft). Dazu ist eine europäische Energiepolitik und Planung der
20 Netzinfrastruktur notwendig.

22 Mit ihrer Energiepolitik regeln die Staaten verbindlich Erzeugung, Verteilung und
23 Verwendung von Energie. Sie bewegen sich dabei im Spannungsfeld des
24 energiepolitischen Zieldreiecks, dessen Eckpunkte Wettbewerbsfähigkeit,
25 Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit sind. Da diese Zielsetzungen miteinander
26 konkurrieren oder sich teilweise gegenseitig ausschließen, stellt sich bei jeder
27 energiepolitischen Entscheidung die Frage, welcher Schwerpunkt gesetzt wird. Dieser
28 politische Konflikt ist zu lösen und gleichzeitig als Querschnittsaufgabe bei allen
29 Entscheidungen zu bedenken. Als Grundlage hierfür brauchen wir ein neues Verständnis
30 der Energiepolitik.

32 **Eine neue Philosophie**

34 Energie ist die Grundlage der modernen Industriegesellschaft. Dabei liefern fossile
35 Brennstoffe seit mehr als zwei Jahrhunderten die Antriebskraft der sozialen und
36 wirtschaftlichen Entwicklung. Vermeintlich geringe Kosten und scheinbar unendliche
37 Verfügbarkeit führten so zu einem nicht nachhaltigen Wirtschaftskreislauf. Der Glaube an
38 stetiges Wachstum zur Sicherung des materiellen Wohlstandes verfestigte sich -
39 zumindest im reichen Teil der Welt. Aber die Nutzung fossiler Brennstoffe führte zu einer
40 neuen Dimension der Umweltveränderung. Als erstes wahrnehmbar war die
41 Luftverschmutzung. Immer höhere Schornsteine zu bauen, entpuppte sich als
42 Scheinlösung, sie verursachten „Sauren Regen“, der dann weitab der Industriegebiete
43 niederschlug und u.a. zum Waldsterben führte.

44 Willy Brandts Forderung vom 28. April 1961 nach „einem blauen Himmel über der Ruhr“
45 auf einem SPD-Wahlkongress in Bonn war in Deutschland der Einstieg in eine
46 umfassende Debatte zum Umweltschutz. Heute ist in Peking die Luft so schlecht wie 1960
47 im Ruhrgebiet.

48 Im Jahre 1972 erschien der Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome zur
49 Lage der Menschheit. Er prägte das Bild vom Raumschiff Erde mit nur endlich viel
50 Ressourcen und beschränktem Platz für den erzeugten Müll. Der Umweltdiskussion wurde
51 eine neue Dimension verliehen. In Computersimulationen wurden präzise Prognosen zu
52 den weltweit zusammenhängenden Problemen der Industrialisierung,

53 Bevölkerungszunahme, Unterernährung, Rohstoffverknappung und Umweltzerstörung
54 abgegeben. Das Ergebnis war niederschmetternd: Bei einem ‚Weiter so‘ ist unser
55 Bevölkerungs- und Produktionswachstum ein Wachstum zu Tode. Diese Prognosen
56 wurden in „Grenzen des Wachstums - das 30 Jahre Update“ bestätigt. Außerdem ließ sich
57 feststellen, dass seit etwa 1980 die Menschheit das Angebot der Natur an Ressourcen und
58 ihre Fähigkeit, Umweltbelastungen aufzunehmen, stetig überfordert. Wir sind an einem
59 Punkt angekommen, an dem die Herausforderungen, die der globale Klimawandel in
60 Folge einer Energieversorgung durch fossile Brennstoffe verursacht, die
61 Anpassungsfähigkeit der ökologischen und gesellschaftlichen Systeme überschreitet.
62 Peak Oil, der Höhepunkt der Ölförderung, ist erreicht, aber die Nachfrage steigt weiter,
63 insbesondere durch die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern. Dies treibt
64 die Preise und birgt die Gefahr von Verteilungskämpfen in sich.
65 Die Erkenntnisse der Klimaforschung müssen uns zum Handeln zwingen. Zusätzliche
66 Temperaturerhöhungen in Folge weiterer Klimaveränderungen gefährden ganze
67 Ökosysteme, somit auch die Menschen, die dort leben, einschließlich ihrer Ernährung.
68 Die Herausforderung lautet also: Wie stellen wir auf einem Planeten mit 10 Milliarden
69 Menschen ein Gleichgewicht zwischen einer modernen Zivilisation und der Natur wieder
70 her? Wie erreichen wir, dass sich unsere Gesellschaft nicht nur an kurzfristigen Zielen wie
71 steigendem Konsum und längst überholter Wachstumsgläubigkeit orientiert, sondern
72 konsequent und mutig eine nachhaltige Politik verfolgt?

73
74 Eine sozialdemokratische Energiepolitik wird Ökologie, Ökonomie und Soziales
75 miteinander in Einklang bringen. Wir wollen eine nachhaltige und sichere
76 Energieversorgung für alle Menschen, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft
77 stärkt und auf diese Weise Gute Arbeit schafft.

78 Zur Herstellung des notwendigen Gleichgewichts in der Energieversorgung dürfen die
79 natürlichen Lebensräume nicht beschädigt und ihre Belastbarkeit nicht überschritten
80 werden.

81 Die Sonne liefert pro Jahr 5000mal mehr Energie als die Menschheit benötigt. Hier gibt es
82 neben der Photovoltaik auch die Möglichkeit, mit Parabol-Innenkraftwerken, Dish-Anlagen
83 oder Solar-Turmkraftwerken Dampfturbinen zu betreiben. Dies geschieht vorzugsweise in
84 den sonnenreicheren Regionen dieser Erde.

85 Die Gewinnung von Strom aus Windenergie hat in den letzten Jahren stark zugenommen.
86 Vorreiter sind die USA, gefolgt von China, Deutschland und Spanien. Innerhalb
87 Deutschlands nimmt Schleswig Holstein eine Vorreiterrolle ein. Wir haben in Schleswig-
88 Holstein frühzeitig erkannt, dass der weitere Ausbau der Stromerzeugung aus
89 erneuerbaren Energien nur durch eine internationale Zusammenarbeit von Politik,
90 Wirtschaft und Gesellschaft vorangetrieben werden kann.

91 92 **Eine Zukunftsbranche unserer Wirtschaft**

93
94 Wir verstehen die Energiewende auch als eine Stärkung der heimischen Handwerks- und
95 Industriebetriebe. Geringere Arbeitslosenzahlen und damit auch steigende Einkommen,
96 sowie gesteigerte Gewerbesteuererinnahmen werden die Haushalte zukünftig entlasten, so
97 dass die heutigen Investitionen sich amortisieren werden.

98 Eine konsequente Trennung von Netz und Stromerzeugung sichert den Wettbewerb in der
99 Energiewirtschaft. Wir setzen uns für die Übernahme der Netze in Eigentum der
100 öffentlichen Hand ein.

101
102 Für das Jahr 2012 wurde mit 113,5 TWh ein Anteil von über 20 % regenerativen Strom am
103 Gesamtstromverbrauch (ca. 530 TWh) Deutschlands erwartet. Gefördert durch das EEG
104 kann somit bereits über 80 % des privaten Stromverbrauches (139,2 TWh in 2009)

105 nachhaltig bereitgestellt werden.

106

107 Diese enormen Energiemengen stellen nicht nur die Netze vor technische
108 Herausforderungen, sie haben auch Auswirkungen auf das Modell, welches die Grundlage
109 des Strommarktes bildet.

110

111 Der von den Übertragungsnetzbetreibern zu festen Vergütungssätzen auf Grundlage des
112 Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) in den ersten neun Monaten 2012 für 13.432 Mio.
113 € angekaufte Strom wird auf gesetzlicher Grundlage über den kurzfristigen Stromhandel
114 (Spotmarkt) vermarktet. Der in diesem Zeitraum so vermarktete EEG-Strom erzielte an der
115 Strombörse einen Erlös von 2.410 Mio. €. Somit erfordert das bestehende
116 Vermarktungsprinzip einen Umlage finanzierten Zuschuss von über 80 %. Dass dieser in
117 erster Linie durch die Stromkunden finanziert wird, ist nicht hinnehmbar.

118

119 Eine Novellierung des EEG muss für eine werthaltige Vermarktung des Stromes sorgen,
120 die auch die Vorteile des regenerativen Stromes herausstellt. Neben einer eher
121 langfristigen Vermarktungsstrategie sollte auch eine Verbindung zum CO2-Handel
122 hergestellt werden. Auf Grundlage wissenschaftlicher Modelle ist ein börsenfähiges
123 Marktmodell zu schaffen, das auch die Herkunft des Stromes (Braunkohle, Steinkohle,
124 Wasser...) berücksichtigt. Hier wäre ein paralleles Zertifikatesystem denkbar, über das der
125 Anbieter seinen Strommix zusammenstellen kann. Sinkende Börsenpreise müssen auch
126 an Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden.

127

128 Der Ausgleichsmechanismus als Gegenfinanzierung des EEG sieht für das produzierende
129 Gewerbe Ausnahmen vor. Dieses Prinzip muss reformiert werden. Mit dem Abstellen auf
130 den Anteil der Stromkosten eines Betriebs an dessen Bruttowertschöpfung werden auch
131 solche Betriebe belohnt, die gezielt Beschäftigung auslagern (z.B. über Leiharbeit).
132 Ursprünglich sollten lediglich Unternehmen im internationalen Wettbewerb von der EEG-
133 Umlage befreit werden. Die Anzahl der befreiten Unternehmen hat sich von rund 400 auf
134 mittlerweile über 2000 erhöht. Ausnahmen müssen daher künftig wieder strenger geregelt
135 werden. Für Unternehmen im internationalen Wettbewerb und die Stahlindustrie sind
136 Ausnahmen jedoch gerechtfertigt, solange es noch keine europäischen oder
137 internationalen Regelungen gibt. Die Entscheidungsfreude der schwarz-gelben Politik zu
138 Lasten Dritter wird durch die neue Risikozulage für Off-shore-Wind auf die Spitze
139 getrieben.

140

141 Im Bereich der Stromnetzentgelte müssen die Ausnahmeregeln für die großen
142 Stromabnehmer genau überprüft werden. Dass ab einem bestimmten Verbrauch die
143 komplette Befreiung von Stromnetzentgelten erfolgt, ist nicht nachzuvollziehen. Diese
144 Regelung setzt einen fatalen Anreiz zum gezielten Mehrverbrauch und stellt Unternehmen
145 davon frei, sich kostenmäßig an öffentlicher Infrastruktur zu beteiligen, die gerade sie
146 intensiv nutzen. Entlastungen bei den Netzentgelten sind nur dann angemessen, wenn sie
147 für die Allgemeinheit kostenminderndes Verbrauchsverhalten belohnen.

148

149 **Technologien für den Fortschritt**

150

151 Zum Gelingen der Energiewende muss ein Dreiklang aus Energieeinsparung,
152 Verfahrensoptimierung und Ersatz fossiler/nuklearer Energieträger durch regenerative
153 Energiequellen verfolgt werden:

154 Jede Investition in Energieeinsparung ist deutlich effektiver als der Ersatz bei der
155 Energieerzeugung. Einsparungen sind nicht nur im Elektrizitätsbereich, sondern auch
156 gerade im Primärenergiebereich möglich und nötig (z. B. Kraft-Wärme-Kopplung,

157 Altbausanierung). Anreize dazu können auf allen politischen Ebenen gesetzt werden.
158 Verfahrensoptimierung steht für eine bessere Verteilung der verbrauchten Energiemenge.
159 Ziel muss eine bessere Auslastung sein. Wir wollen mit gleicher Infrastruktur mehr
160 erreichen. Eine intelligente Verbrauchssteuerung (Smart-grids) führt zu einer Reduzierung
161 der Tagesmaximalleistung, die unser Versorgungsnetz bereitstellen können muss (und für
162 die zurzeit lediglich konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden). Durch Kombination
163 mit moderner Speichertechnik kann so der Anteil der regenerativen Energien im gleichen
164 Maße gesteigert werden, wie der Bedarf an konventioneller (Maximal-)Energie sinkt.
165 Insbesondere bei der Verstromung von Biogas stehen primärenergieseitig erprobte und
166 günstige (Gas-)Speichertechniken zur Verfügung. Bei Beteiligung der Biogaskraftwerke an
167 der Netzregelung sollten die Kleinkraftwerksbetreiber im gleichen Maße für Standby-Zeiten
168 entschädigt werden, wie die Betreiber von Großkraftwerken. Generell muss gelten:
169 Gleiches Recht für alle.
170 Durch die Beteiligung der regenerativen Energien an der Netzregelung reduziert sich
171 gleichzeitig der Bedarf an vorzuhaltender (konventioneller) Regelenergie. Ebenso wird
172 durch dezentrale Energieerzeugung der Energietransport in den Hoch- und
173 Höchstspannungsnetzen reduziert.
174 Durch weitere Förderung der Universitäten, Fachhochschulen und Forschungszentren
175 kann Deutschland seinen Ruf als Hochtechnologie-Standort ausbauen und sich
176 Technologievorsprünge erarbeiten. Dazu ist sowohl eine Förderung der Grundlagen- als
177 auch der Anwendungsforschung notwendig.

178

179 Für den Bereich der Technologieentwicklung gilt daher:

- 180 • Die Nutzung erneuerbarer Energien (Windenergie, Wasserkraft, Solarenergie) ist
181 auszubauen. Dazu gehört auch die Erforschung und Entwicklung von
182 Energiespeichern. Atomenergie lehnen wir ab. Energieeinsparung, effiziente
183 Energienutzung und der Ausbau erneuerbarer Energien sind die Mittel, um auch auf
184 die Nutzung von Kohlestrom verzichten zu können.
- 185 • Programme zur energetischen Gebäudesanierung müssen fortgesetzt werden. Dies
186 erhöht die Energieeffizienz. Unser Ziel ist es, jährlich mindestens 3% des
187 Gebäudebestandes entsprechend instand zu setzen.
- 188 • Zentrale Aufgabe ist es, Technologien zu entwickeln, die mit gleicher Infrastruktur
189 mehr erreichen können, und einen Gesamtplan für die Nutzung und den Ausbau
190 der Netzinfrastruktur zu entwickeln..
- 191 • Es müssen die politischen Rahmenbedingungen für die Förderung der dezentralen
192 Energieerzeugung in Form von Blockheizkraftwerken geschaffen werden, ähnlich
193 dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz. Diese BHKW im kleinen und mittleren
194 Leistungsbereich tragen erheblich zur Entlastung der Übertragungsnetze und
195 besseren Ausnutzung der Primärenergieträger bei.
- 196 • Der Aufbau von Versorgungsnetzen für Fernwärme zur Verteilung der Abwärme von
197 BHKW (insb. Biomassekraftwerken) vor allem im ländlichen Raum (Die Novelle des
198 EEG, die zurzeit die parlamentarischen Beratungen durchläuft, sieht ausdrücklich
199 die Nutzung der Abwärme von Biomassekraftwerken vor.) ist für das Gelingen der
200 Energiewende zwingend notwendig und muss unbürokratisch gestaltet werden.
201 Eine entsprechende Förderung (zinslose / zinsgünstige Darlehen, ggf. Zuschüsse
202 für Hausanschlüsse) ist anzustreben.
- 203 • Angesichts der vielfältigen Herausforderungen im Bereich der Energietechnik
204 müssen die Forschungsmittel der landeseigenen Unternehmen und Universitäten
205 zielgerichtet aufgestockt werden.

206

207 **Die wichtigste Grundlage: Der Netzausbau**

208

209 In der traditionellen Netzstruktur sind Grundlastkraftwerke an das 380kV-Netz
210 angeschlossen. Auf allen anderen Spannungsebenen finden auch Einspeisungen von
211 klassischen Kraftwerken statt.

212 Noch 1991 wurden 97% der elektrischen Energie in Kernkraftwerken und aus fossilen
213 Energieträgern gewonnen. An dieser Struktur sind die Übertragungsnetze im Prinzip heute
214 noch orientiert. Das Übertragungsnetz ist dabei in vier Regelzonen aufgeteilt: 50Hertz
215 Transmission (früher Vattenfall), Amprion (RWE-Tochter), EnBW Transportnetze und
216 TenneT (früher EOn). Für jede Regelzone muss ein gewisses Maß an Regelenergie
217 vorgehalten werden, um Schwankungen bei Erzeugung und Verbrauch zu kompensieren.

218 Der Anteil der Erneuerbaren Energien wird auf allen Ebenen (ausgenommen 380kV) in
219 das Netz eingespeist, abhängig von der Anschlussleistung, und genießt dabei einen
220 Vorrangstatus. Fluktuationen in der Erzeugung werden durch die
221 Übertragungsnetzbetreiber ausgeglichen (Regelenergie). Durch einen neu eingeführten
222 Netzregelverbund versuchen die vier Übertragungsnetzbetreiber ihren
223 Regelenergieeinsatz technisch und wirtschaftlich zu optimieren.

224 Insbesondere die Windenergie bereitet bei der derzeitigen Netzstruktur Probleme.
225 Wasser- und Biomassekraftwerke können gleichmäßig Energie abgeben, sie sind auch
226 relativ gleichmäßig über Deutschland verteilt. Die Windenergie hingegen ist on- wie
227 offshore im Norden konzentriert und ihre Abgabeleistung ist in der Regel nicht steuerbar,
228 wodurch die Übertragungsnetze stark belastet werden. Dabei werden bereits heute große
229 Windparks, die neu angeschlossen werden, an der Netzregelung beteiligt.

230

231 Der Netzausbau ist daher eine wichtige Grundlage für eine gelingende Energiewende. Die
232 Entscheidungen der Bundesnetzagentur zum weiteren Netzausbau betrachten wir kritisch.
233 Eine Aufrüstung der bisherigen 220 KV-Leitungen auf 380 KV muss erfolgen.

234 Der Ausbau des Stromleitungsnetzes sollte soweit möglich durch Kapazitätserweiterung an
235 bestehenden Trassen, auch Autobahnen und der Bahn, erfolgen. Frühzeitige
236 Bürgerbeteiligung sorgt für eine hohe Akzeptanz der Energiewende. Lokalen Konflikten
237 kann nach Möglichkeit mit Erdverkabelung begegnet werden. Beim Ausbau der Netze sind
238 Planungskompetenzen an den Bund abzutreten, um ein bundesweites Gesamtkonzept
239 und zügiges Genehmigungsverfahren zu ermöglichen. An dem transparenten
240 Planungsverfahren, das eine Strategische Umweltprüfung (SUP) beinhalten muss, sind
241 Bürgerinnen und Bürger von Beginn an einzubeziehen. Über dieses Verfahren fordern wir
242 die verlässliche Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger ein, um Planungssicherheit für alle
243 Seiten zu gewährleisten. Zusammen mit anderen Bundesländern werden wir den
244 Masterplan „Smart Grid“ aufstellen, um bis 2030 ein funktionierendes intelligentes
245 Stromnetz in Deutschland aufzubauen.

246

247 Wir brauchen eine abgestimmte zielgerichtete und europäische Forschung und Förderung
248 von intelligenten Netzstrukturen und Speichertechnologien wie Wasserstofftechnologien.
249 Diese kann die besten Lösungen für einzelne Länder erarbeiten, wodurch auch die örtliche
250 Wirtschaft und das Handwerk gestärkt werden.

251 Ein vereintes Europa muss auch die Netze halten. Als ersten Schritt dafür brauchen wir
252 auf Bundesebene eine Netzgesellschaft, um einzelnes Handeln bis dahin zu verhindern.
253 Schleswig-Holstein kann auf dem Weg dorthin in Kooperation insbesondere mit seinen
254 norddeutschen Nachbarn einen ersten Schritt tun.

255 Auf allen Ebenen ist die Einbeziehung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
256 wichtig. Nur mit offenen und transparenten Verfahren wird es möglich sein, alle Menschen
257 für die Umsetzung der Energiewende zu gewinnen und langfristig schnelle und
258 reibungslose Abläufe zu gewährleisten.

259 Zusammen mit den Bundesländern, mit denen wir uns eine Netzregelzone teilen (Bayern,
260 Hessen, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen (teilweise), muss zunächst ein

261 Masterplan „Smart Grid“ aufgestellt werden, mit dem Ziel, binnen zehn Jahren ein
262 funktionierendes intelligentes Stromnetz aufzubauen.

264 **Dezentrale Energieversorgung – eine Aufgabe für die Kommunen**

265
266 Eine dezentrale Energieversorgung stärkt die Demokratie und kommunale Verantwortung.
267 Wir fordern den Erhalt und Aufbau eigener Stadt- und Gemeindewerke mit eigener
268 kommunaler Energieerzeugung als Motor zum Umbau der Energiewirtschaft. Das fördert
269 Einsparung, Effizienz und erneuerbare Energien und trägt zu einer kostengünstigen und
270 krisensicheren Energieversorgung bei. Dezentrale Versorgungsstrukturen tragen überdies
271 zur Entlastung der Übertragungsnetze und besseren Ausnutzung der Primärenergieträger
272 bei.

273 Spätestens 2020 wollen wir in Schleswig-Holstein einen Anteil der Kraft-Wärme- Kopplung
274 über dezentrale Blockheizkraftwerke von 30% des verbrauchten Stroms erreicht haben.
275 Die dabei produzierte Wärme muss grundsätzlich durch eine Anschluss- und
276 Benutzungsverpflichtung genutzt werden. Dabei ist besonders auf den Schutz der
277 angeschlossenen Haushalte vor der Preissetzungsmacht der Energieversorgungs-
278 unternehmen zu achten. Bei der Raumwärme haben wir 90 % an Einsparmöglichkeit und
279 1/3 des nationalen Energiebedarfs.

280 Die dezentrale Energieversorgung unterscheidet sich sowohl in der Größe der
281 spezifischen Energieerzeugungseinheiten wie auch in den resultierenden Anforderungen
282 in das Netz grundlegend von den Bedingungen, die für die großen zentralen
283 Energieerzeugungseinheiten geschaffen wurden.

284 Es entfällt die Notwendigkeit eines Höchstspannungsnetzes (220 – 380 KV), da es nur
285 eines Verteilungsnetzes mit der Lastaufnahme von bis zu 110 KV bedarf. Das ist in dem
286 bereits heute existierenden Mix aus Anlagen und deren typischer Betriebsweise
287 begründet. So lassen sich beispielsweise bei starken Windbedingungen
288 Windenergieanlagen aussteuern, falls es bei den im Netzverbund befindlichen
289 Biogasanlagen zu Speicherengpässen kommen sollte, so dass es im Netz zu keinem
290 Engpass oder Lastenüberschuss kommt. Auch die Feuerungsraten (Motorumdrehungen)
291 eines Blockheizkraftwerkes (BHKW) lassen sich in technisch bedingten Bandbreiten
292 steuern, so dass bedarfsgerechte Strom- und Wärmeproduktion permanent gewährleistet
293 ist.

294
295 Mit den oben angesprochenen Netzen könnte den Kommunen zukünftig eine noch
296 stärkere Regulierungsrolle gerade im Strommarkt zufallen. Die Verteilungsnetze sind von
297 relativ kleinen Wirtschaftseinheiten (Stadtwerken oder regionalen Zusammenschlüssen)
298 auskömmlich zu betreiben und fallen zudem direkt unter den gesetzlichen Auftrag der
299 allgemeinen Daseinsvorsorge. Die Rekommunalisierung der Netze soll verstärkt
300 umgesetzt werden, zumal die privatwirtschaftlichen Energieversorgungsunternehmen
301 (EVU) diesem Wunsch durchaus zu entsprechen bereit sind, denn die regionale
302 Versorgung aus einer Hand mit allen netzgebunden Leistungen – vom Telefon bis zum
303 Wasser - ist für diese Unternehmen nur schwer zu realisieren.

304
305 • Netzausbau: Eine regional organisierte Erzeugerstruktur bietet nicht nur
306 ökonomisch großes Gewinnpotential für strukturschwache Gebiete, sondern es
307 werden durch die direkten Beteiligungsmöglichkeiten (Kauf von Anteilsscheinen an
308 einem Unternehmen sowie die lokale Aufklärung mit hohen örtlichen
309 Identifikationswert) ökologisch sinnvolle Synergieeffekte im Umgang mit der
310 gewonnenen Energie erzielt, da jede nicht selbst verbrauchte Einheit den
311 wirtschaftlichen Erfolg vergrößert. Durch die beschriebenen Effekte und
312 Maßnahmen können die Energiekosten minimiert und dadurch Investitionen in

313 anderen Wirtschaftsbereichen getätigt werden, so dass ein Übergreifen der
314 Synergieeffekte auch auf den regionalen Arbeitsmarkt zu unterstellen ist. Die
315 Verteilernetze müssen dafür kommunal-regional betrieben werden.

316 • Photovoltaikanlagen: Bei Bau und Betrieb von Photovoltaikanlagen kann auch die
317 Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden. Im Kreis Rendsburg-
318 Eckernförde wurden in den technischen Berufsschulen PV-Anlagen installiert. Die
319 größte mit 27,54 kWp befindet sich auf dem BBZ Eckernförde und ist als
320 Bürgersolaranlage realisiert. Diese wird ergänzt durch eine selbst bewirtschaftete 2
321 kWp-Anlage, die bereits beim Neubau der Turnhalle direkt in das Dach integriert
322 wurde. Derzeit wird eine größere PV-Anlage mit Bürgerbeteiligung auf der
323 Sonderschule Hochfeld in Rendsburg geplant, und bei der Dachsanierung des
324 Kreishauses in Rendsburg wird auf den geeigneten Dachflächen ebenfalls eine PV-
325 Anlage installiert. Das gesamte Potenzial der möglichen Dächernutzungen ist noch
326 nicht zentral erfasst. Ein Solarkataster der Kreise würde eine zügige Umsetzung
327 vereinfachen. Ein solches Kataster halten wir auch bei Bürgerwindparks für
328 sinnvoll.

329 • Windkraftanlagen: Bereits im Jahr 2006 kamen 50% des gesamten
330 Stromverbrauchs in Schleswig- Holstein aus Windenergie. Sie ist für uns die
331 wichtigste Energiequelle. Im Jahr 2020 wollen wir mehr Strom aus erneuerbaren
332 Energien produzieren, als wir im Land selbst verbrauchen.
333 Wir werden die planerischen Rahmenbedingungen für Repowering der 6000
334 Windenergieanlagen in SH, die älter sind als 10 Jahre, aktualisieren.

335
336 Wir werden den Anteil der Windenergieeignungsflächen an der Kreisfläche von den
337 jetzt geplanten 1,2% auf maximal 2% verdoppeln, zumal von der kommunalen
338 Ebene einvernehmlich mehr Flächen angemeldet wurden, als in dem bisher gültigen
339 Landesentwicklungsplan berücksichtigt wurden.

340 Der Ausbau sollte vorrangig durch regionale Gewinnerzielung getragen werden.

341 • Fossile Energien: Bis spätestens zur Mitte des Jahrhunderts wollen wir in
342 Schleswig-Holstein die Nutzung fossiler Energien als Primärenergie zur Strom-,
343 Wärme- und Kraftstoffproduktion beenden. Als Ersatz für stillgelegte
344 Atomkraftwerke und veraltete Kohlekraftwerke können bis dahin lediglich
345 hocheffiziente Gaskraftwerke akzeptiert werden.

346 Die CCS-Technologie sehen wir als mit höchsten Risiken und Kosten behaftet und
347 damit nicht zum Einsatz geeignet an. Sie wird ohnehin nicht vor dem Jahr 2020 in
348 der Großtechnikpraxis einsetzbar sein und leistet keinen wirksamen Beitrag zum
349 Klimaschutz. Es ist sinnvoller auf die Produktion von CO₂ zu verzichten, als es
350 teuer abzuscheiden und dann aufwendig und risikoreich zu lagern. Wir sind gegen
351 eine Deponierung von CO₂ ein. CCS ist nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen und
352 den dafür erneut aufzubringenden Pipelines etc. abzulehnen, zudem blieben dort
353 die fossilen Energiequellen im Fokus.

354 Aus diesen Gründen lehnen wir auch Fracking ab und streben auf Bundesebene
355 eine Modernisierung des Bergrechts an.

356 • Biomasse: Die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen in Biogasanlagen darf
357 nicht zu Monokulturen, Belastung des Grundwassers und Rückgang der
358 Artenvielfalt führen. Neue Biogasanlagen müssen zur größt möglichen Verwertung
359 von Reststoffen, zunehmend Gülle und Abfälle vor nachwachsenden Rohstoffen,
360 genutzt werden; sie werden nur noch genehmigt, wenn sie ein Wärmekonzept
361 nachweisen, das den fossilen Brennstoffeinsatz vermindert. Bestandsanlagen sind
362 um- und nachzurüsten. Die Anzahl der Anträge für Anlagen zur
363 Biomasseverwertung hat deutlich zugenommen. Wir fordern daher in diesem
364 Bereich eine Erhöhung der Effizienz durch Novellierung der Genehmigungspraxis

365 (Nahwärmenetze). Das privilegierte Bauen ist zu beenden. Zur Überprüfung
366 müssen wirksame Kontrollmöglichkeiten für die Behörden geschaffen werden, die
367 besonders den Umweltschutz im Blick haben. Weiterhin ist die Dezentralität der
368 Energieversorgung durch Anschluss an das regionale Gasnetz herzustellen, zumal
369 sich im Bereich „Power to gas“ eine ähnliche Entwicklung sowohl technisch wie
370 auch politisch herausbildet, die hilfreich sein kann, die benötigten
371 Speicherpotentiale zur Vollendung der Energiewende auf diesem Wege
372 bereitstellen zu können

373

374 Für den Kreis Rendsburg-Eckernförde fordern wir die Übernahme einer Vorbildfunktion
375 durch das Erstellen eines Energiemasterplans. Dieser soll der besseren Vernetzung der
376 jeweiligen Bauvorhaben und Energieerzeugungen dienen und durch die Kreisverwaltung
377 auf Basis eines energiepolitischen Ziels der Kreispolitik koordiniert umgesetzt werden.
378 Auch von den Kommunen erwarten wir die Aufstellung von Energiekonzepten.

379

380 **Eine europäische Energiepolitik für das 21. Jahrhundert**

381

382 **Die Entwicklung der europäischen Energiepolitik**

383

384 Die gemeinsame Kontrolle der Rohstoffe zur Energieversorgung (insbesondere die Kohle)
385 war eine wichtige Begründung für die ersten Schritte zur europäischen Integration. Die
386 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS/Montanunion) wurde mit dem
387 Schuman-Plan gegründet (2002 ausgelaufen) und schuf Regelungen für den
388 gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl.

389 Mit Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 entstanden die Europäische
390 Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG bzw.
391 Euratom). Zwei der drei damals existierenden Gemeinschaftsverträge waren demnach
392 sektorieller Art und beinhalteten explizit energiepolitische Fragen.

393 Im Zuge der Ölkrise initiierte die EG 1974 eine neue energiepolitische Strategie, deren
394 Ziel es war, den Energiemix zu diversifizieren und der Kernenergie mehr Gewicht
395 einzuräumen, Energieeinsparungsmaßnahmen umzusetzen und die Hinwendung zu den
396 erneuerbaren Energieträgern zu fördern. Die Umsetzung gelang nicht wie geplant, vor
397 allem wegen der Unfähigkeit der Mitgliedstaaten, zugunsten echter
398 Gemeinschaftsinteressen auf kurzfristige nationale Vorteile zu verzichten. Dies ist bis
399 heute das Kernproblem der europäischen Energiepolitik. Kaum ein europäisches
400 Politikfeld ist so stark von grundsätzlich divergierenden nationalen Interessen beherrscht
401 wie die Energiepolitik; immerhin ist die nationale Energieversorgung grundlegend für das
402 Funktionieren der einzelnen Volkswirtschaften.

403 Mit dem Maastrichter Vertrag über die Europäische Union (EUV) wurde der Begriff
404 „Energie“ explizit in den Maastrichter Vertrag und somit in das europäische Primärrecht
405 aufgenommen, aber die Souveränität bei der Ausgestaltung der nationalen
406 Energieversorgung blieb dem Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten erhalten. Dennoch
407 gelang der EU-Kommission in den folgenden Jahren der Beginn der Liberalisierung der
408 europäischen Strom- und Erdgasmärkte. In ihrem Weißbuch „Eine Energiepolitik für
409 Europa“ benannte die EU-Kommission 2006 drei Ziele: Bekämpfung des Klimawandels,
410 Verringerung der durch die Abhängigkeit von importierten Kohlenwasserstoffen bedingten
411 externen Verwundbarkeit der EU und Förderung von Beschäftigung und Wachstum, wobei
412 es galt, den Verbrauchern Energiesicherheit bei erschwinglichen Preisen zu bieten. Dieses
413 Dokument kann als Grundlage der neuen europäischen Energie- und Klimapolitik bewertet
414 werden.

415

416 **Die Entscheidungskompetenzen in der europäischen Energiepolitik**

417

418 Grundsätzlich gelten für die Energiepolitik der EU die gleichen institutionellen Regelungen
419 wie auch in anderen Politikbereichen. Dazu zählen die Grundsätze der begrenzten
420 Einzelermächtigung und des Subsidiaritätsprinzips, nach denen das Tätigwerden in all den
421 Bereichen den Mitgliedstaaten überlassen bleibt, in denen die EU keine ausdrückliche
422 Kompetenz hat. Für den Bereich der Energiepolitik verblieben ein Großteil der
423 Kompetenzen bei den Mitgliedern.

424 Am 1. Dezember des Jahres 2009 trat der „Vertrag von Lissabon“ in Kraft. Danach gilt in
425 den Bereichen Umwelt, transeuropäische Netze und Energie eine geteilte Zuständigkeit
426 von Union und Mitgliedstaaten. Diese „konkurrierende“ Zuständigkeit ist auch in dem
427 Kapitel zum Bereich „Energie“ erkennbar.

428 Dieses Kapitel mit dem Titel XXI (Art. 194 AEUV) widmet sich den Prioritäten der EU in der
429 Energiepolitik und stellt ein absolutes Novum dar, mit dem der EU eine umfassende
430 Kompetenz in der Energiepolitik zugesprochen wird. Die in diesem Kapitel genannten
431 Ziele sollen stets „im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten“ verfolgt werden.
432 Sie liegen auf der Sicherstellung funktionierender Märkte, der Gewährleistung der
433 Energieversorgungssicherheit, der Förderung der Energieeffizienz, der Entwicklung
434 erneuerbarer Energiequellen sowie der Verknüpfung der Energienetze. Allerdings kann
435 jeder Mitgliedstaat nach Artikel 194 (2) AEUV die Bedingungen für die Nutzung seiner
436 Energieressourcen, seine Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die
437 allgemeine Struktur der Energieversorgung bestimmen. Damit wird nationalstaatliches
438 Handeln legitimiert und privilegiert und eine gemeinschaftliche Politik im Zweifelsfall
439 erschwert. Es wird nach außen eine gemeinsame europäische Energiepolitik begonnen,
440 aber nach innen sind der EU keine Instrumente bereit gestellt. Wenn die EU künftig zu
441 einer gemeinsamen Energiepolitik kommen will, muss sich dies ändern.

442

443 **Die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene**

444

445 Bisher können die EU-2020- Ziele nur unzureichend erfüllt werden. Genau deshalb halten
446 wir es für wichtig, gemeinschaftliche Ansätze zu verfolgen, die auch dezentral organisiert
447 sein können. Dies entlastet die Netzproblematik und kann Stabilität in der EU
448 gewährleisten.

449 Eine ambitionierte und integrierte Klima- und Energiepolitik, die die Ziele Sicherheit,
450 Wirtschaftlichkeit und ökologische Nachhaltigkeit zusammenbringt, muss die gemeinsame
451 europäische Antwort auf die voranschreitende Erderwärmung und knapper werdende
452 Ressourcen sein. Dabei gilt es Klima-, Umwelt- und Naturschutz, wirtschaftliches
453 Wachstum und Beschäftigung nicht länger als Gegensätze zu begreifen.

454

455 Wir brauchen eine stärkere Zusammenarbeit und eine inhaltliche Neuausrichtung in der
456 europäischen Energiepolitik. Nur so können wir unsere Ziele erreichen. Wir wollen die
457 Potentiale der erneuerbaren Energiequellen europaweit nutzen, nicht nur um zu einer
458 sicheren klimaschonenden Energieversorgung ohne Kernenergie und fossile Brennstoffe
459 zu erreichen, sondern auch um die wirtschaftlichen Potentiale zu nutzen. Dies ist auch
460 eine konkrete Perspektive für die südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten.

461 Durch den Export von Umwelttechnologie, ebenso wie durch den Ausbau erneuerbarer
462 Energien und die Förderung von Energieeffizienz in Europa selbst werden wirtschaftliches
463 Wachstum und Beschäftigung in Europa erheblich gestärkt. Die Förderung von Wind- und
464 Solarenergie sind auch als Konjunkturprogramme zu verstehen, beispielsweise in
465 Griechenland oder Portugal. Auf diese Weise schafft die Energiewende Arbeitsplätze vor
466 Ort.

467

468 Die EU braucht eine Mischung verschiedener erneuerbarer Energiequellen: Windkraft aus

469 dem Norden – Solarenergie aus dem Süden etc. Aus dieser Erkenntnis heraus entstand
470 z.B. das WEREEMA Projekt zwischen Marokko und Schleswig–Holstein. Schleswig-
471 Holstein gibt dabei seine Erfahrungen beim Aufbau einer nachhaltigen Energiewirtschaft
472 und der Einspeisung großer Mengen von Windstrom ins Netz weiter.

473 Einen konzeptionellen Ansatz liefert das DESERTTEC- Projekt. Es beschreibt ein
474 konkretes Lösungskonzept, damit die Menschheit bis 2050 den CO₂ Ausstoß um über
475 80% reduzieren und den Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad C begrenzen kann. Der
476 Ansatz basiert auf Technologien, die heute bereits verfügbar sind. Unterstützt wird das
477 Projekt vom Club of Rome. Problematisch an diesem Projekt ist allerdings die
478 Zementierung der Strukturen in neuer Abhängigkeit großer Energieversorger.

479
480 Wir unterstützen die Positionen der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), die sie
481 auf ihrem Kongress in Brüssel im September 2012 beschlossen hat, als eine gute
482 Grundlage für ein gemeinsames Wahlprogramm der SPE zur Europawahl 2014:

483 Der Energie- und Ressourcenverbrauch in den Produktionsprozessen muss verringert und
484 es müssen verbindliche Ziele für die Senkung der CO₂-Emissionen umgesetzt werden.
485 Dazu muss mehr recycelt und die Energieeffizienz verbessert werden, unter anderem
486 durch Einführung eines umfassenden Programms zur Verbesserung der Energieeffizienz
487 von Gebäuden, insbesondere im sozialen Wohnungsbau. Die Erhöhung des Anteils der
488 erneuerbaren Energien hat bereits sehr positive Ergebnisse gebracht und muss weiter
489 beschleunigt werden, zum Beispiel indem das Europäische Emissionshandelssystem
490 effizienter gestaltet, eine starke nationale Gesetzgebung eingeführt wird, um erneuerbaren
491 Energieträger prioritär zu behandeln und durch die europaweite Einführung einer
492 Kohlenstoffsteuer, koordiniert auf EU-Ebene, um erneuerbare Energien
493 wettbewerbsfähiger zu machen und die Dekarbonisierung der Energieproduktion zu
494 beschleunigen.

495
496 Darüber hinaus werden wir uns für folgende Ziele einsetzen:

- 497 • Ausweitung der EU- 20/20/20-Klimaziel auf 30/30/30- Ziele für das Jahr 2030 wie
498 es die S&D-Fraktion in Teilen bereits gefordert hat,
- 499 • Verstärkung der Zusammenarbeit innerhalb der EU beim Ausbau der erneuerbaren
500 Energie und Unterstützung bei dem notwendigen transeuropäischen
501 Stromnetzausbau,
- 502 • Konzentration der europäischen Forschungs- und Förderpolitik auf den Bereich
503 Energieeinsparung und Effizienzverbesserung im Bereich erneuerbarer Energien;
504 keine CCS-Förderung, kein Fracking. EU-Förderprogramme müssen konsequent
505 auf die Zielrichtung „Energieversorgung ohne Atomstrom“ ausgerichtet werden. Für
506 die Nutzung der Kernenergie dürfen keine EU-Gelder mehr zur Verfügung gestellt
507 werden, auch nicht für entsprechende Forschungsvorhaben. Zugunsten einer
508 stärkeren Förderung der erneuerbaren Energien hat der Euroatom-Vertrag keine
509 Zukunft mehr. Die Sozialdemokratie wird den Atomausstieg auch europaweit
510 durchsetzen. Der Euratom-Vertrag wurde seit den 1950er Jahren nicht geändert
511 und sieht weiterhin eine Forschungsförderung und Entwicklung zur friedlichen
512 Kernenergienutzung vor.

513
514 Eine besondere Rolle wird die EU auch bei der Koordinierung der europäischen
515 Energiewende einnehmen müssen. Der von der Europäischen Kommission vorgelegte
516 Energiefahrplan 2050 ist als Grundsatz zwar zu befürworten, sieht aber entgegen unserem
517 Ansatz die Beibehaltung fossiler Energien und der Kernenergie vor.

518
519 Zentral ist europaweit auch der Ausbau der Netze (z.B. Nadelöhr Pyrenäen - Spanien
520 kann bisher nur 3% seines Stroms exportieren oder der Anschluss der baltischen

521 Republiken an die europäischen Energienetze). Aber auch hier gilt es, auf lokaler Ebene
522 die Menschen zu überzeugen und zu beteiligen, um Widerstände frühzeitig zu verhindern.
523 Beim Aufbau der Netze ist die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu suchen.
524 Besondere Priorität hat für Schleswig-Holstein dabei der Ostseeraum. Der Ausbau von
525 erneuerbaren Energien muss ostseeweit forciert werden.

526 527 **Der Ostseeraum – eine Vorbildregion**

528
529 Die Ostseeregion kann zum Schaufenster für Europa und die Welt bei der Nutzung
530 erneuerbarer Energien werden. Dafür sprechen nicht nur die natürlichen Gegebenheiten,
531 beispielsweise viele Küsten und Gewässer zur Nutzung von Windenergie oder
532 Wasserkraft. Die Region verfügt auch über langjährige Erfahrungen und Kompetenzen in
533 Wissenschaft und Forschung und in der Fertigung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer
534 Energien. Dazu kommt die Erfahrung in der länderübergreifenden Zusammenarbeit in der
535 Region.

536
537 Die Ostseeregion kann somit einen wesentlichen Teil dazu beitragen, die EU-Klimaziele
538 zu erreichen und zu übertreffen. Dabei wird derzeit das vorhandene Potential zur Nutzung
539 erneuerbarer Energiequellen in den Ländern der Ostseeregion sehr unterschiedlich
540 genutzt: von nur 9,4% Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoenergieverbrauch im Jahr
541 2010 in Polen, 22,2% in Dänemark oder 24,3% in Estland bis hin zu 47,9% in Schweden
542 (DEU insgesamt: 11 %). Die Zielsetzungen, die sich die einzelnen Länder im Rahmen der
543 EU 2020-Strategie gesetzt haben, könnten aber durchaus ambitionierter sein: Pol: 15%,
544 DK: 30%, EST: 25%, SWE 49% und DEU: 18%

545
546 Eine Energieversorgung in der Ostseeregion ohne Atomenergie und die Nutzung von
547 bestehenden Kohle-KW allenfalls als Übergangslösung ist unter
548 Versorgungsgesichtspunkten möglich. Auf dem Weg zu einer intensiven Energie-
549 Kooperation in der Ostseeregion ist die Mitwirkung und Zusammenarbeit aller
550 Ostseeanrainerländer, einschließlich des „Erneuerbaren Energieexportlandes“ Norwegen,
551 notwendig, da die Entscheidungen über die Art der Energieerzeugung nach wie vor in
552 nationalstaatlicher Verantwortung liegen. Die Demonstration guter Beispiele und die
553 finanzielle Unterstützung der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energiequellen und
554 Gleiches im Bereich der Steigerung der Energieeffizienz sowie der Aufbau sog.
555 intelligenter Netze sind wichtige Mittel, um unsere Vision einer atomenergiefreien
556 Ostseeregion zu verwirklichen.

557 558 **Zentrale Rolle der Windenergie**

559
560 Der Ausbau und die Nutzung der Windenergie spielen dabei eine zentrale Rolle: So sieht
561 das WWF Baltic Ecoregion Programme 2010 vor, dass bis 2020 insgesamt 29
562 Windenergie-Parks in der Ostseeregion gebaut werden sollen, die mit knapp 11.000 MW
563 insgesamt 25mal mehr Strom produzieren als dies 2010 der Fall war. Und in den
564 folgenden 10 Jahren sollen nochmals weitere 25 Parks hinzukommen, so dass die
565 Kapazität auf gut 25.000 MW steigen soll. Ein Anstieg also um 6.000 % gegenüber 2010.

566
567 Handlungsfelder in der Ostseeregion sind insbesondere Forschungs- und
568 Entwicklungsarbeiten zur Realisierung von On- und Offshore-Windkraftanlagen und
569 anderen Meerestechnologien zur Erzeugung erneuerbarer Energien. Felder der
570 grenzüberschreitenden Zusammenarbeit müssen der Austausch von Erfahrungen und die
571 bessere Koordinierung in Bereichen wie Stromnetz- und Meeresraumplanung,
572 Regulierungsverfahren für Investitionen in Verbindungsleitungen und

573 Umweltfolgenbewertungen für Windparks sein.

574

575 Die Erschließung der On- und Offshore-Windenergie bringt Wachstumsimpulse für die
576 Ostseeregion. Forschung, Entwicklung und Bau, aber auch der Bereich Service und
577 Wartung von Windparks bringen neue Arbeitsplätze für hoch qualifiziertes Personal; neue
578 Berufsfelder entstehen. Wir wollen deshalb als ein Flaggschiffprojekt den Aufbau eines
579 ostseeweiten „Kompetenzzentrums Windenergie“ vorantreiben, das bei Forschung,
580 Entwicklung, aber auch Lehre und Ausbildung, sowie Marketing und Verkauf im Bereich
581 der Windenergie die Spitzenstellung für die Ostseeregion erlangen soll.

582

583 **Schleswig-Holsteins Rolle**

584

585 Schleswig-Holstein muss bei dieser Wende zur Nutzung der erneuerbaren Energie im
586 Ostseeraum eine herausragende Rolle spielen. Es wird gleichzeitig besonders von dieser
587 neuen Energiepolitik profitieren.

588 Wir wollen deshalb folgende Schwerpunkte setzen:

- 589 • Zur Erzeugung von Strom den Ausbau von erneuerbaren Energien ostseeweit
590 forcieren. Im Sinne von Best Practice ist auf diesem Themenfeld auch die Zu-
591 sammenarbeit zwischen Regionen mit einem hohen Anteil und Regionen mit einem
592 geringen Anteil erneuerbarer Energien im gegenseitigen Interesse zu intensivieren.
- 593 • Steigerung der Energieeffizienz/Einsparung von Energie: In vielen Ländern der
594 Ostseeregion sind gewaltige Potentiale zur Energieeinsparung vorhanden, in
595 anderen gibt es bereits Erfahrungen mit Programmen und Maßnahmen zur
596 Energieeinsparung. Diese Kompetenzen und Anforderungen müssen
597 zusammengebracht werden, um eine wirksame Energieeinsparung im gesamten
598 Ostseeraum zu realisieren. Gleichzeitig schaffen Energieeinsparmaßnahmen (z.B.
599 Wärmedämmung) auch Arbeitsplätze.
- 600 • Gezielter Ausbau der Netzinfrastruktur: Aufbau von ostseeweiten smart-grids, um
601 den aus erneuerbarer Energie produzierten Strom ostseeweit zu nutzen. Dabei ist
602 insbesondere die grenzüberschreitende Einspeisung von Strom aus Ostsee-
603 offshore-Windanlagen zu regeln.
- 604 • Einrichtung eines „Ostseeforums – Begleitung des deutschen Umstiegs von der
605 Atomenergie auf erneuerbare Energien“ gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern,
606 auf der Basis der Erfahrungen mit den Kernkraftwerken Krümmel, Brokdorf und
607 Brunsbüttel sowie des Abbaus in Lubmin und der erfolgreichen Politik inzwischen
608 seit 1988 den Anteil erneuerbarer Energien in Schleswig-Holstein an der
609 Stromerzeugung von 0,04 % auf 44 % erhöht zu haben.
- 610 • Wir fordern die Landesregierung und insbesondere das federführende
611 Europaministerium auf, den Koalitionsvertrag auch in diesem Bereich entschlossen
612 umzusetzen und Flaggschiff-Projekte der EU-Ostseestrategie vor allem im Bereich
613 der erneuerbaren Energien zu initiieren und voranzubringen. Dazu gehört
614 insbesondere das Projekt „Kompetenzzentrum Windenergie“, das noch in diesem
615 Jahr begonnen werden soll.